Linkenbewegung

Titel »#fairLand« floppt

● Die Vorsitzende der Linksfraktion, Sahra Wagenknecht, spricht sich gegen den Namen #fairLand für eine linke Sammlungsbewegung aus. In der vergangenen Woche gelangte ein Papier mit dieser Formulierung zu der von Wagenknecht geplanten Bewegung an die Öffentlichkeit. »#fairLand war nur eine von vielen Ideen für einen Namen und nicht mein Favorit«, so Wagenknecht. »Die Sammlungsbewegung wird anders heißen.« Bei dem Papier habe es sich lediglich um einen vorläufigen Entwurf gehandelt. Auch die viel kritisierten Positionen zu »Tradition und Identität« seien schon anders formuliert gewesen, als der alte Text durchgestochen wurde, ärgert sich die Fraktionschefin. Die Sammlungsbewegung soll im September an den Start gehen – auch als digitales Netzwerk. ABE

STEFAN BONESS / IPON

Wagenknecht

Union

»Das letzte Wort«

Elmar Brok, 72, seit 1980 Europaabgeordneter der CDU, erklärt, warum er nach acht Wahlperioden noch einmal antreten will.

SPIEGEL: Herr Brok, Sie sind der dienstälteste deutsche Europaabgeordnete …
Brok: Der dienstälteste aller Abgeordneten. Und der einzige, der seit der ersten Wahlperiode dabei ist.
SPIEGEL: Warum treten Sie noch mal an?
Brok: Weil ich mich fitter fühle als noch vor ein paar Jahren und weil ich mir große Sorgen um Europa mache: um die innere und äußere Sicherheit, um den Euro, die Handelspolitik, die Klimapolitik. Hier werden meine Expertise und Erfahrung überall gebraucht.
SPIEGEL: Die CDU stritt bei der Regierungsbildung in Berlin viel über Verjüngung. Gelten für Brüssel andere Regeln?
Brok: Verjüngung heißt doch nicht, alle Alten auszusortieren. Ich bilde mir ein, noch immer zu den Erneuerern der CDU zu gehören. Alle Kreisverbände meines Bezirks Ostwestfalen-Lippe haben beschlossen, dass ich weitermache. Das hat mich sehr berührt.
SPIEGEL: Will auch Angela Merkel Sie noch für eine Wahlperiode im Parlament?
Brok: Sie hat mir das nicht gesagt, aber ich habe sie auch nicht gefragt.
SPIEGEL: Was halten Sie für Ihre bisher größten Erfolge in Brüssel?
Brok: Seit Maastricht war ich Verhandlungsführer unseres Parlaments vom Amsterdam-Vertrag bis zum Euro-Rettungsschirm. Ich durfte daran mitwirken, dass wir EU-Abgeordneten nicht mehr nur beraten, sondern gleichberechtigt mitentscheiden in allen Fragen der Gesetzgebung und des Haushalts. Wir haben das letzte Wort bei Drittlandsverträgen und bei der Wahl des Kommissionspräsidenten.
SPIEGEL: Martin Selmayr, der mächtigste Beamte der EU-Kommission, war früher in der Privatwirtschaft Ihr Mitarbeiter. Wie eng ist heute Ihr Draht zu ihm?
Brok: Martin und ich sind Freunde. Aber das spielt für meine Politik keine Rolle.
SPIEGEL: Sie sollten jüngst Sonderbeauftragter der EU-Kommission für die transatlantischen Beziehungen werden, wieso hat das nicht geklappt?
Brok: Die Kommission wollte mich für diese Rolle, aber das ist aus verschiedenen Gründen gescheitert – auch Neid muss man sich hart erarbeiten. Im Übrigen ist das rechtlich schwieriger für einen Abgeordneten in Brüssel als in Berlin wegen der strikten Trennung zwischen dem EU-Parlament und der Kommission.
SPIEGEL: Sie haben es geschafft, ohne Studienabschluss über Jahrzehnte in der Spitzenpolitik aktiv zu sein. Können junge Leute heute noch so Karriere machen?
Brok: Selbstverständlich, es gibt sogar Bankvorstände ohne Abschluss, aber leider immer weniger. Überhaupt finde ich diese Fixierung auf akademische Lorbeeren bei gewählten Politikern undemokratisch. Entscheidend sollte die Leistung sein. AMA

ANADOLU AGENCY / GETTY IMAGES

Brok

Zuwanderung

Stamp macht Dampf

● Die nordrhein-westfälische Landesregierung will ein umfassendes Einwanderungsgesetz erarbeiten, um die Bundesregierung zum Handeln zu zwingen. Das hat Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) angekündigt. »Mein Haus wird Eckpunkte für ein Einwanderungs- und Aufenthaltsgesetz vorlegen. Es wird Zeit, endlich eine stimmige Gesamtlösung für die Zuwanderung und Integration von Arbeitskräften und Flüchtlingen nach Deutschland zu erarbeiten«, so Stamp. »Ich habe keine Lust zu warten, bis die Große Koalition sich endlich dazu entschließt.« Im Koalitionsvertrag ist ein »Fachkräfteeinwanderungsgesetz« angekündigt, ein konkreter Entwurf steht aber aus. Falls die Bundesregierung untätig bleibt, will Düsseldorf einen Gesetzesentwurf im Bundesrat einbringen, in dem nicht nur die Zuwanderung von Fachkräften, sondern auch von Flüchtlingen und deren Integration geregelt werden. RAN

Kinderschutz

Fehlende Standards

● Bundesweit fehlt es an verbindlichen Gütekriterien für die Arbeit der Jugendämter. Das geht aus einer Stellungnahme der baden-württembergischen Landesregierung zu einem Antrag der Grünenfraktion anlässlich des Missbrauchsfalls in Staufen hervor. Das Ministerium für Soziales und Integration in Stuttgart hat die Praxis bei allen obersten Landesjugendbehörden der anderen Bundesländer abgefragt. Ergebnis: »Es gibt in keinem Bundesland landeseinheitliche Qualitätsstandards im Bereich des Kinderschutzes.« Stattdessen gäben die Länder den Jugendämtern »unterschiedlich ausgestaltete fachliche Empfehlungen und strukturelle Maßnahmen« an die Hand.

Bislang stand vor allem der Personalmangel in den Jugendämtern im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Experten sehen jedoch auch andere Probleme – etwa in der Fachaufsicht. »Die Verfahren, nach denen Jugendämter über die Gefährdung eines Kindes urteilen, sind höchst unterschiedlich«, sagt der baden-württembergische Grünenabgeordnete Thomas Poreski. Es brauche »verbindliche Spielregeln«, so Poreski: »Das entlastet auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort.« Als vorbildlich gilt etwa die seit 2013 existierende Jugendhilfeinspektion in Hamburg, die auch Einzelfälle prüft. FRI